

Wasser für alle! - Für eine gerechte und nachhaltige Lösung im Nilkonflikt

Die Versammlung möge beschließen:

Der Konflikt um die Nutzung des Nils, insbesondere im Zusammenhang mit dem Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD) in Äthiopien, betrifft nicht nur Äthiopien und Ägypten, sondern auch den Sudan, der ebenfalls von den Wassermengen des Nils abhängig ist. Während Äthiopien den Staudamm als Schlüssel zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Deckung seines Energiebedarfs betrachtet, sieht Ägypten seine Wasserversorgung bedroht. Der Sudan wiederum ist in einer komplexen Lage, da der GERD potenziell Vorteile für die Stromerzeugung und Bewässerung bietet, aber auch das Risiko eines Dammbruchs mit katastrophalen Folgen birgt. Diese Lage verdeutlicht, dass eine nachhaltige und gerechte Lösung gefunden werden muss, um die Interessen aller Anrainerstaaten zu berücksichtigen.

Wir fordern:

1. Aktive Vermittlung durch Europa und die internationale Gemeinschaft:

Deutschland und Europa müssen eine zentrale Rolle in der diplomatischen Vermittlung im Nilkonflikt übernehmen. Der Streit um den GERD hat die Lage zwischen Äthiopien, Ägypten und dem Sudan erheblich verschärft. Europa sollte sich als neutrale Instanz für eine friedliche und nachhaltige Lösung einsetzen, die die Interessen aller drei Länder sowie der anderen Anrainerstaaten des Nils berücksichtigt.

2. Einhaltung des Völkerrechts und Abschluss neuer, gerechter Abkommen:

Die bisherigen Verhandlungen haben nur begrenzte Fortschritte gebracht. Deutschland und die Europäische Union müssen sich dafür einsetzen, dass bestehende Abkommen zur Nutzung des Nils eingehalten werden und neue, völkerrechtlich bindende und faire Abkommen geschlossen werden. Diese Abkommen müssen die gerechte und gleichberechtigte Nutzung der Wasserressourcen zwischen Äthiopien, Ägypten, dem Sudan und den anderen Anrainerstaaten sicherstellen.

3. Unterstützung Äthiopiens bei der Diversifizierung der Energieerzeugung:

Der GERD ist für Äthiopien von zentraler Bedeutung, um seine Energieversorgung zu sichern. Doch darf die Lösung nicht ausschließlich auf Wasserkraft basieren. Deutschland und Europa müssen Äthiopien dabei unterstützen, seine Abhängigkeit von der Wasserkraft zu verringern, indem alternative und nachhaltige Technologien

gefördert werden, die sowohl den Energiebedarf decken als auch ökologische und soziale Standards einhalten.

4. Sicherung der ägyptischen und sudanesischen Landwirtschaft und Versorgungssicherheit:

Sowohl Ägypten als auch der Sudan sind stark auf das Wasser des Nils angewiesen – insbesondere für die Landwirtschaft und die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung. Die potenziellen Reduktionen des Wasserzuflusses durch den GERD gefährden diese Lebensgrundlagen. Deutschland und Europa müssen sich dafür einsetzen, dass der Nil weiterhin als essenzielle Ressource für die landwirtschaftliche Produktion in Ägypten und im Sudan genutzt werden kann, während gleichzeitig Äthiopiens legitime Interessen an einer nachhaltigen Wassernutzung gewahrt bleiben.

Begründung:

Der Konflikt um den Grand Ethiopian Renaissance Dam zeigt die Komplexität der Ressourcennutzung am Nil und die weitreichenden Folgen für die gesamte Region. Neben Äthiopien und Ägypten spielt auch der Sudan eine zentrale Rolle, da er sowohl von den Vorteilen als auch den Risiken des GERD betroffen ist. Der Sudan hat in den Verhandlungen zeitweise versucht, eine vermittelnde Rolle einzunehmen, schwankte aber aufgrund eigener hydrologischer und politischer Interessen zwischen Unterstützung für Äthiopien und Ägypten. Eine gerechte und nachhaltige Lösung ist daher unerlässlich, um weitere Eskalationen zu verhindern und die Bedürfnisse aller beteiligten Staaten zu berücksichtigen.

Auch wenn es bereits Vermittlungsversuche der USA in der Vergangenheit gegeben hat, so führte dies zu keiner Entspannung in diesem Konflikt. Insbesondere mit Blick auf die US-Wahlen, aber auch dem Wandel in der US-Politik, welche vermehrt die Eigeninteressen in den Vordergrund stellt, müssen Deutschland und Europa, sowohl aus einer geopolitischen Frage als auch aus dem Gebot bei Krisen in der unmittelbaren Nachbarschaft zu unterstützen, eine aktive Rolle in der Vermittlung übernehmen und durch ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit zur nachhaltigen Lösung dieses Konflikts beitragen.